

DER ROTE ADLER

Informationen von Britta Kornmesser
Landtagsabgeordnete der Stadt Brandenburg an der Havel

- Dezember 2021 -



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

ein langes und ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Auch das zweite Jahr der Pandemie hat uns erneut vor große Herausforderungen gestellt. Am besten sieht man das daran, dass aufgrund der hohen Infektionszahlen auch bei uns hier in der Stadt Brandenburg heute (21.12.2021) schärfere Eindämmungsmaßnahmen in Kraft treten. Wie diese im Einzelnen aussehen, habe ich in einem der Artikel dieses Newsletters dargestellt.

In den letzten Monaten hat sich im Landtag viel getan. Als Fraktion haben wir eine neue Führungsspitze gewählt. Seit Oktober ist Daniel Keller unser neuer Fraktionsvorsitzender, Ludwig Scheetz wurde gleichzeitig zum neuen Geschäftsführer der Fraktion gewählt. Als Koalition haben wir den Haushalt für das kommende Jahr auf den Weg gebracht. Und auch ich als Abgeordnete war fleißig und durfte viele Reden zu ganz unterschiedlichen Themen halten. Einige davon findet ihr im hinteren Teil.

Wir alle haben uns gewünscht, dass Weihnachten 2021 wieder größer, überschwänglicher und geselliger gefeiert werden kann als im letzten Jahr. Aufgrund der derzeitigen Lage muss es jedoch noch einmal ein stilles, ruhiges und besinnliches Fest im engsten Familienkreis werden. Vielleicht liegt hierin aber auch die Chance, sich daran zu erinnern, wofür Weihnachten wirklich steht – es ist das Fest der Liebe, der Hoffnung und der inneren Einkehr.

So ein Weihnachtsfest, mit schönen Stunden mit der Familie und guten Freunden, wünsche ich Euch und natürlich auch alles Gute und viel Erfolg im neuen Jahr!

Eure

Bi'Ha Kornum

Neues aus dem Landtag

Das liebe Geld – der Landeshaushalt 2022

Mit der Verabschiedung des Landeshaushalts für das Jahr 2022 geht der Landtag in die Weihnachtspause. Am 17.12. wurde der Haushalt 2022 mit einem Umfang von 15,2 Milliarden Euro beschlossen. Er ist damit der zweitgrößte Landeshaushalt seit 1990.

Im Gegensatz zum Haushalt für dieses Jahr sank die Kreditaufnahme drastisch. Von 3,3 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Corona-Krise in Brandenburg auf „nur“ noch 176 Millionen Euro für das kommende Jahr. Hinzu kommen zusätzliche 573 Millionen aus der Rücklage des Landes – also unseren Ersparnissen. Ab dem nächsten Jahr werden wir aber auch anfangen, die ersten Schulden, die wir Corona bedingt aufgenommen haben, wieder zu tilgen.



Brandenburg setzt damit weiterhin auf Investitionen in Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft, Infrastruktur und soziale Versorgung, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern und die Grundlagen für die Zeit nach der Pandemie zu legen.

Von den gut 15 Milliarden Euro sind etwa zwei Milliarden reine Investitionsmittel. Die Investitionsquote steigt noch einmal von 12,4 Prozent in diesem Jahr auf 13,4 Prozent in 2022.

Wofür wollen wir das Geld 2022 ausgeben? Im Folgenden stelle ich Euch einige Maßnahmen vor, die wir auf den Weg bringen oder weiterverfolgen wollen:

In meinem Fachbereich, dem Verkehr und der Infrastruktur werden wir kräftig investieren. Für die Planung und Bau von **Bundes- und Landesstraßen** einschließlich Brücken und Radwegen wollen wir mittelfristig bis 2024 12 Millionen Euro mehr investieren. Die Mittel hierfür werden von 60 Millionen Euro auf 72 Millionen Euro erhöht. Die **kommunalen Straßen und Radwege** sollen wie bisher mit 27,1 Millionen Euro jährlich gefördert werden.

Auch der ÖPNV profitiert. So wollen wir im kommenden Jahr eine Million Euro mehr für die 33 **PlusBus**-Linien ausgeben, die die Landkreise und kreisfreien Städte in Brandenburg überregional miteinander verbinden.

Im Gesundheitsbereich war für uns von der SPD-Fraktion klar, dass es gerade in diesen Zeiten keine Einsparungen von Landesmitteln im Krankenhausbereich geben darf. Deswegen stehen im kommenden Jahr für **Investitionen in Brandenburgs Krankenhäuser** rund 128,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Mittel für das **Landärzttestipendium** werden um 570.000 Euro auf 2,2 Millionen erhöht und auch die bessere Pflege in Brandenburg weiter vorangetrieben. In die vier Bausteine unseres **Pakts für die Pflege** „Ausbau der Pflege vor Ort“, „Pflegeberatung“, „pflegerische Versorgungsstrukturen“ sowie „Fachkräftesicherung“ werden wir insgesamt 20 Millionen Euro investieren.

Für uns in der Stadt Brandenburg ist besonders wichtig, dass das Land auch weiterhin mit 5 Millionen Euro im Jahr die **Medizinische Hochschule Brandenburg (MHB)** unterstützt.

Auch werden wir mit dem neuen Haushalt dafür sorgen, dass wir die Kinder und Jugendlichen, die von der Corona-Krise mit am schwersten betroffen sind, kräftig unterstützen. Wir werden die **Lehrer-Schüler-Relation** verbessern, indem wir 386 neue Lehrer-Stellen schaffen und unterstützen die Kids durch das Programm „**Aufholen nach Corona**“ dabei, Lernlücken zu schließen und Bildungsrückstände abzubauen. Die **Krippen** erhalten 470 neue Erzieherinnen und Erzieher und der **Sport** 20,5 Millionen Euro Fördermittel im Jahr.

Was wir schweren Herzens verschieben mussten, war das ursprünglich für kommendes Jahr geplante weitere **beitragsfreie Kita-Jahr**. Angesichts neuer Corona bedingter Schulden war es einfach noch nicht finanzierbar. Es soll jetzt ein Jahr später umgesetzt werden.

Corona-Maßnahmen: Schärfere Kontaktbeschränkungen beschlossen

Das Infektionsgeschehen in Brandenburg ist weiterhin sehr ernst. Der massenhafte Anstieg bei den Neuinfektionen scheint zwar erst einmal gestoppt, die Zahlen bleiben aber weiterhin auf hohem Niveau.

Mehr als 50.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger sind derzeit mit dem Virus infiziert, etwa 900 von Ihnen liegen im Krankenhaus, 200 davon auf der Intensivstation. Im Durchschnitt liegt in jedem dritten Intensivbett ein Corona-Kranker, in vielen Teilen unseres Landes ist die Quote leider noch höher.

Deshalb hat die Landesregierung am 14.12. beschlossen, schärfere Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie auf den Weg zu bringen.



Im Wesentlichen werden die aktuellen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beibehalten. Dazu zählen das Abstandsgebot im öffentlichen Raum und die Maskenpflicht an Schulen. Die **2G-Regel** gilt weiterhin unter anderem im Einzelhandel, in Gaststätten und Hotels, für Kulturveranstaltungen wie Kino und Theater oder bei körpernahen Dienstleistungen.

Auch die nächtliche **Ausgangsbeschränkung für Ungeimpfte in Hotspot-Regionen** gilt unverändert fort, u.a. Sieben-Tage-Inzidenz für drei Tage ununterbrochen über Schwellenwert von 750.

Neu ist, dass die **Clubs und Diskotheken** landesweit vorerst bis zum 11. Januar schließen müssen. **Großveranstaltungen** mit mehr als 1.000 zeitgleich anwesenden Gästen sind untersagt. Für **Versammlungen (Demonstrationen)** gilt eine Personenobergrenze im Freien von 1.000 gleichzeitig Teilnehmenden.

Um große Menschenmassen an **Silvester und am Neujahrstag** zu vermeiden soll Feuerwerk auf publikumsträchtigen Wegen, Straßen und Plätzen verboten werden. Bei der **2G-Zutrittsbewilligung** gibt es eine neue Altersgrenze: Statt wie bisher Kinder unter 12 Jahren haben seit dem 15. Dezember **alle Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr** ohne Testnachweis Zutritt zu 2G-Bereichen, auch wenn sie noch nicht geimpft sind.

Die Fachleute sind sich alle einig – das Einzige, was uns langfristig aus der Misere hilft, ist ein deutlicher Anstieg des Impfschutzes der Bevölkerung. Deshalb habe ich mich in der vergangenen Woche „boostern“ lassen und kann Euch nur dringend raten:

Haltet Abstand, tragt Maske und lasst Euch impfen!



Reden im Landtag

Braucht Deutschland einen „Windrad-TÜV“?

In der November-Sitzung des Landtags stellte die Fraktion BVB/Freie Wähler den Antrag mit der Drucksache 07/4458 und dem Titel "Windrad-TÜV: Technische Überprüfung bei Windkraftanlagen einführen". Als Energiepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion war es an mir, diese Frage für die SPD zu beantworten.

Als ich diesen Antrag zum ersten Mal gelesen habe, war ich doch zugegebenermaßen etwas verwundert, denn Anlagen- und Bauwerkssicherheit werden in unserem Land doch sehr groß geschrieben. Gibt es bislang keine regelmäßige technische Überwachung von Windenergieanlagen? In Deutschland wird doch jede andere Industrieanlage regelmäßig geprüft. Warum sollte das also bei den circa 30.000 Windrädern in Deutschland anders sein?



Nach einiger Recherche konnte ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Landtag jedoch mitteilen: Selbstverständlich werden auch Windenergieanlagen in Deutschland regelmäßig technisch geprüft.

Von der Genehmigung, über den Bau, die Montage und den anschließenden Betrieb erfolgen wiederkehrende Prüfungen unter strikten Auflagen von geschulten externen Sachverständigen. Auch werden die Anlagen im Rahmen der Wartung regelmäßig auf Materialschäden oder Verschleiß hin untersucht. Eine spezielle Pflicht für den TÜV, hier bei jeder Anlage in Zukunft auf gesetzlicher Grundlage tätig zu werden, erschloss sich

mir nicht. Deshalb warb ich für die Ablehnung des Antrags, worin mir die anderen Abgeordneten der Regierungskoalitionen folgten.

Sicherungsleistungen für alte Windkraftanlagen überprüfen

Auch im Dezember stand wieder ein Antrag der Freien Wähler zum Thema Windkraft auf der Tagesordnung des Landtages.

Diesmal hegten sie die Befürchtung, dass viele Betreiber, vor allem der vor 2004 in unserem Land errichteten Windkraftanlagen, nicht über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügen, um diese nach dem Ablauf ihrer Betriebszeit zurückzubauen.

Deshalb sollten die Bauaufsichtsbehörden beauftragt werden, jede bis 2004 errichtete Windanlage in Brandenburg zu erfassen und festzustellen, für welche Anlagen bei einer endgültigen Betriebsaufgabe auf eine Sicherheitsleitung oder Bereitschaft des Betreibers zur Übernahme der Rückbaukosten zurückgegriffen werden kann. Das Ganze sollte dann in eine grundlegende Einschätzung der Landesregierung über alle erwartbaren Rückbaukosten einfließen und zum 30.06.2022 vorgelegt werden.



Der bürokratische Aufwand wäre enorm und die Ergebnisse würden keinen Mehrwert bringen. Die Haftungslage ist an dieser Stelle nämlich eindeutig: Wenn der Betreiber die Kosten für den Rückbau am Ende der Lebenszeit einer Windkraftanlage nicht aufbringen kann oder nicht mehr greifbar ist, dann

muss hierfür der Eigentümer des Bodens, auf dem die Anlage errichtet wurde, die Verpflichtungen dafür übernehmen und dafür geradestehen. Das Land ist hier also nicht in der Haftung.

Im Übrigen ist es, abgesehen von wenigen Ausnahmen, stets so gewesen, dass die Betreiber von Windrädern diese im Anschluss tatsächlich auch wieder zurückgebaut haben. Warum sich das in Zukunft gravierend ändern sollte, konnten die Freien Wähler nicht darlegen. Es schien eher so, dass sie wieder einmal Ängste in der Bevölkerung vor der Windenergie schüren wollten. Deshalb lehnten wir auch diesen Antrag ab.

Integrierte Förderkulisse zum Ausbau der Radwegeinfrastruktur

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die rot-schwarz-grüne Regierungskoalition klar dazu, den Anteil des Umweltverbundes am Mobilitätsverhalten der Brandenburgerinnen und Brandenburger deutlich zu erhöhen. Bis 2030 sollen 60% der Wege in unserem Land entweder mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden.

Um dies in die Praxis umzusetzen, ist es notwendig eine kluge und durchdachte Förderpolitik zu betreiben, die alle Bereiche gleichermaßen in den Blick nimmt und die richtigen Anreize dafür setzt, sich bei bestimmten Strecken für eine umweltfreundliche Alternative zum eigenen Auto zu entscheiden. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Ausgestaltung der Radwegeinfrastruktur, denn ein engmaschiges Radverkehrsnetz motiviert Menschen, auf das Fahrrad umzusteigen.



Um das in Brandenburg umzusetzen, braucht es entsprechende Förderungen. Deshalb war die Forderung der Freien Wähler nach einer ambitionierten Förderkulisse und einer verständlichen und einfachen Antragstellung durch die Kommunen keineswegs abwegig. Was die Freien Wähler allerdings unter dem Begriff einer „integrierten Förderkulisse“ verstehen, konnten sie uns Abgeordneten im Landtag nicht schlüssig erklären.

Der Neu- und Ausbau von Radwegen richtet sich in Brandenburg nach klaren Bedarfskriterien, die man auf der Internetseite des Landesbetriebs für Straßenwesen einsehen kann. Und dazu gibt es bereits eine Richtlinie für Investitionen im kommunalen Straßenbau die eindeutig regelt, welche Förderungen die Kommunen für den Ausbau ihrer Radwegeinfrastruktur vom Land erhalten können und unter welchen Bedingungen diese ausgehändigt werden. Auf Betreiben der Koalition wurde diese Richtlinie erst in diesem Jahr überarbeitet und enthält seit April auch die Unterstützung der Kommunen bei der Aufstellung eigener Radverkehrskonzepte für den Alltagsverkehr.

Und dazu wird die Landesregierung in Kürze ihre neue Radverkehrsstrategie vorstellen, die einen umfassenden Plan zum Ausbau der Radwegeinfrastruktur in Brandenburg darlegen wird.

Welchen Mehrwert also eine neue so genannte „integrierte Förderkulisse“ über die bestehenden Instrumente und die neue Radverkehrsstrategie hinaus haben soll, erschloss sich uns als Koalition nicht und deshalb lehnten wir diesen Antrag ab.

Flächenpotenziale bei Ausbau der Photovoltaik nachhaltig nutzen

Dieser Antrag der Fraktion DIE LINKE beschäftigte sich mit verschiedenen Maßnahmen, die die Nutzung der Sonnenenergie in Brandenburg voranbringen sollen - ein Anliegen, was ich richtig finde und teile!

Denn wenn wir die Energiewende meistern und auch zukünftig genügend Strom zur Verfügung stellen wollen, dann müssen wir das PV-Ziel erheblich ausbauen. Dazu gehört zum Beispiel auch die Nutzung von Dachflächen. Aber das allein wird nicht ausreichen, um die von uns gesteckten Ziele zu erreichen. Wir müssen zwingend auch Freiflächen in der Landschaft für den Bau von Solarparks nutzen.

Brandenburg hat als großes Flächenland dafür viel Potenzial. Allerdings müssen wir aufpassen, dass kein ungeordneter Ausbau zu Nutzungskonkurrenzen mit der Landwirtschaft oder dem Natur- und Landschaftsschutz führt.

Um Projekte voranzubringen, gibt es die Energieagentur Brandenburg. Sie hat die Aufgabe, Kommunen bei technischen Fragestellungen sowie bei der Planung und der Erarbeitung von Umsetzungsstrategien für Energieprojekte beratend zur Seite zu stehen. DIE LINKE wollte eine zusätzliche Beratungsstelle schaffen. Das fanden wir unnötig.



Weiterhin wollte sie Regionale Energiemanager stärken, erklärte aber nicht wo das Geld für diese herkommen sollte, zumal wir wenige Stunden zuvor den Landeshaushalt für das kommende Jahr beschlossen hatten. Sie forderte von Brandenburg ein Solargesetz, mit einer Pflicht zu Solaranlagen auf allen Neubauten und bei umfassenden Dachsanierungen sowie einen Masterplan zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf landeseigenen Gebäuden – zwei Forderungen, die sich schon inhaltlich sehr widersprechen, da man keinen Masterplan für Dachsanierungen braucht, wenn doch sowieso alle Dächer mit Solarpaneelen gedeckt werden sollen. Auch sollte mit dem Antrag ein Runder Tisch der Wohnungsunternehmen des Landes initiiert werden, um Mieterstromprojekte voranzubringen. Mieterstromprojekte sind zwar absolut unterstützenswert, aber unter den jetzigen rechtlichen Bedingungen für Vermieter und Mieter oft nicht attraktiv. Daran würde auch ein Runder Tisch der Wohnungswirtschaft nichts ändern.

Insgesamt waren das viele interessante Vorschläge, die aber leider nicht zuende gedacht waren. Mit der Vorlage der neuen Energiestrategie für das Land Brandenburg voraussichtlich im Februar 2022 werden sicher noch einmal einige Fäden aufgenommen und weitergesponnen werden. Das Thema Ausbau und Nutzung von Photovoltaik soll darin nämlich einen Schwerpunkt einnehmen.

Sollten wir weiterhin an der Kernenergie festhalten?

Im Dezember-Plenum hatte die AfD wieder einmal ihr Herz für die Atomkraft entdeckt. Mit dem Antrag „Für die Kernenergie – keine Experimente mit der Versorgungssicherheit“ wollte sie prüfen lassen, ob die Laufzeiten der noch aktiven Kernkraftwerke über 2022 hinaus verlängert werden könnten.

Dass das Ergebnis dieser Prüfung mehr als vorhersehbar wäre, ist ihnen dabei sehr bewusst gewesen. Deshalb forderten sie im zweiten Teil des Antrags, die betreffenden Kraftwerke in die Leistungsreserve des Bundes zu überführen, nachdem diese ihren Betrieb eingestellt haben.



Das Foto zeigt das Kernkraftwerk Tihange in Belgien
nahe der deutschen Grenze

Wer die Kernenergie als nachhaltige und saubere Form der Stromgewinnung darstellt, verschweigt absichtlich die enormen Risiken für Mensch und Natur, die damit einhergehen.

Seit vor 60 Jahren im fränkischen Kahl das erste kommerzielle Atomkraftwerk ans Netz ging, haben drei Generationen von Menschen in Deutschland

radioaktiv strahlenden Müll erzeugt. Die kommenden 30.000 Generationen müssen mit diesem gefährlichen Erbe umgehen. Das ist das genaue Gegenteil von nachhaltig und erneuerbar! Es ist auch nicht mein Verständnis von Generationengerechtigkeit.

Und wenn jetzt der französische Präsident vorträgt, um Atomkraft im Rahmen der EU als „grüne Technologie“ einstufen zu lassen, dann macht er das nicht, weil er zu der plötzlichen Erkenntnis gelangt ist, Atomkraft wäre die umweltfreundlichste, sicherste und nachhaltigste Form der Energiegewinnung. Hier geht es allein um handfeste wirtschaftliche Interessen!

Wir hier in Brandenburg sind da zum Glück bereits weiter. Wir haben es geschafft, unsere Energieversorgung aus Wind- und Sonnenstrom zu einem Standortfaktor im internationalen Wettbewerb zu machen. Die Ansiedlung von Tesla ist das beste Beispiel dafür!

Aus dem Wahlkreis

Verleihung des brandenburgischen Energieeffizienzpreises

Am 26. Oktober fand im Kutschstall in Potsdam die Verleihung des brandenburgischen Energieeffizienzpreises durch den Brandenburger Ableger des VKU statt. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) ist der Dachverband der kommunalen Ver- und Versorgungsunternehmen, vertritt also die Interessen der Stadtwerke vieler großer und kleiner Städte.



Alles, was in der Brandenburger Energieversorgung Rang und Namen hat, war anwesend – da durfte ich als Energiepolitische Sprecherin natürlich nicht fehlen! Begleitet wurde ich von Ralf Holzschuher, der für die SPD Brandenburg die Energiewendekommission leitet.

Es war ein rundum gelungener Abend und eine großartige Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, sich zum Zukunftsthema Energie auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Wildschweinplage in Kirchmöser und Plaue

Am 5. November war der blaue "ROBUR" des RBB in Plaue. Der Moderator des Senders wollte als Vermittler zwischen Stadtverwaltung Brandenburg und den Bürgern der beiden Ortsteile Plaue und Kirchmöser das Problem der Wildschweinplage erörtern und Lösungen finden.

Viele Bürger/innen machten ihren Sorgen und Nöten am Mikrofon Luft und zeigten auf, welchen Schaden die Tiere angerichtet hatten bzw. was passieren könnte, wenn Wildschwein und Mensch aufeinandertreffen.



Auch ich und mein Landtagskollege Udo Wernitz waren vor Ort.

Das Problem ist seit Längerem bekannt. Ich habe mich deswegen auch bereits an die Obere Jagdbehörde gewandt.

Dort erhielt ich die Auskunft, dass die Wildschweinpopulation im Land Brandenburg sehr hoch und ein Dezimieren der Tiere erforderlich ist. Die Schwierigkeit besteht darin, dass in Wohngebieten aus Sicherheitsgründen nicht geschossen werden darf. Nur in absoluten Ausnahmefällen werden Sondergenehmigungen erteilt. Auch für die Jäger eine sehr schwierige Situation!

Ziel muss es sein in den anliegenden Wäldern, die Abschussquoten zu erhöhen, um eine Entlastung der Wohngebiete zu erreichen. Der SPD Ortsverein Kirchmöser/Plau wird das direkte Gespräch mit den Jagdausübungsberechtigten suchen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

„Alte Dame erstrahlt in neuem Glanz“

Mit ihren 120 Jahren ist der Fischtransporter „Lina Marie“ des Historischer Hafen Brandenburg e.V. trotz liebevoller Pflege in die Jahre gekommen. Jetzt erhält das älteste noch fahrende Schiff der ehemaligen Wiemann Werft auch mit Hilfe des Landes ein neues Gesicht.

Verkehrsminister Guido Beermann ließ es sich nicht nehmen, heute persönlich einen Scheck über 4000 Euro aus Lottomitteln an den Vereinsvorsitzenden Torsten Kirchhoff zu übergeben. Mithilfe dieser Spende wird die alte Dame auf der Werft Genthin jetzt in ein junges Mädchen verwandelt und ist ab April nächsten Jahres dann wieder im Historischen Hafen am Packhof zu bewundern und steht für die eine oder andere Ausflugsfahrt auf der Havel zur Verfügung.

Zum Schluss...

In diesen Tagen sollten viele von Euch einen kleinen Weihnachtsgruß von mir im Briefkasten finden. Falls nicht, dann seht ihr ihn auch hier. ☺



*Auch wenn Weihnachten dieses Jahr anders ist als sonst,
ist es Zeit, innezuhalten, Stille und Ruhe zu genießen.
Es ist Zeit für die wichtigen Menschen, die uns begleiten.
Es ist Zeit für Worte und Gesten der Dankbarkeit.
Es ist Zeit, zurück zu blicken und auf Erreichtes stolz zu sein.
Es ist Zeit, Kraft zu tanken für die Aufgaben, welche vor uns stehen.
Es ist Weihnachtszeit.*

Ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest wünscht Ihnen

Britta Kornmesser

Britta Kornmesser

Britta Kornmesser, Bäckerstraße 39, 14770 Brandenburg an der Havel

Impressum

Britta Kornmesser, MdL
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Bildnachweise

Britta Kornmesser, MdL
Thomas Bachmann
Pixabay

Redaktion und Gestaltung

Thomas Bachmann

Kontakt

Landtagsbüro Potsdam

Telefon: 0331 / 966-1344
britta.kornmesser@
spd-fraktion.brandenburg.de

Wahlkreisbüro Brandenburg/H.

Bäckerstraße 39
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: 03381 / 30 21 05

Weitere Informationen

www.brittakornmesser.de
Facebook: @KornmesserBritta